



Die Bundesversammlung

Am 18. März tritt die 15. deutsche Bundesversammlung zusammen, um den 11. Bundespräsidenten zu wählen. Die Bundesversammlung **setzt sich zur Hälfte aus Mitgliedern des Bundestags und zur anderen Hälfte aus von den Volksvertretungen der Länder gewählten Delegierten zusammen.** Wie viele Mitglieder ein Bundesland entsendet, hängt dabei von dessen Einwohnerzahl ab. Die entsandten Vertreter der Länder müssen keine Mitglieder von Volksvertretungen sein – so kommt es, dass neben den Politikern auch Sportler, Künstler und andere Prominente Teil der Bundesversammlung sind.

Insgesamt hat die Bundesversammlung 1240 Mitglieder. Damit all diese Menschen in den Plenarsaal passen, muss er vorübergehend umgebaut werden!

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

27. Februar 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

dass innerhalb von zwei Jahren ein Bundespräsident zweimal vorzeitig zurücktreten muss, hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Angela Merkel, die beide Kandidaten aus parteipolitischer Opportunität gegen berechtigte Einwände durchgedrückt hat, ist mitverantwortlich für diese präzedenzlose Belastungsprobe für das höchste Staatsamt unserer Demokratie.

Ich bin deshalb froh darüber, dass Joachim Gauck nun der gemeinsame Kandidat von SPD und Grünen ebenso wie von Union und FDP ist. Wir Sozialdemokraten mussten dazu nicht überredet werden. Joachim Gauck war schon 2010 unser Vorschlag. Jetzt hat er die Chance auf eine breite parteiübergreifende Mehrheit in der Bundesversammlung. Wir haben ihn vorgeschlagen wegen seiner Unabhängigkeit – wohl wissend, dass er kein Sozialdemokrat ist. Und wohl wissend, dass seine Unabhängigkeit ihn mit ziemlicher Sicherheit zu einem unbequemen und nicht ausrechenbaren Präsident machen wird. Gerade weil ihn seine Biografie so geprägt hat und gerade weil er geradeheraus spricht, weil er, wo es notwendig ist, auch der Kontroverse nicht aus dem Weg geht, kann er für Deutschland in kritischer Zeit mit vielen Unsicherheiten ein guter und geachteter Präsident sein.

Bemerkenswert bleiben allerdings die Umstände der Kandidatensuche – Merkels Veto gegen Gauck und die im Alleingang von der FDP getroffene Entscheidung für Gauck einschließlich des jetzt schwelenden Zanks, wer da wen vorgeführt hat. Es bestätigt sich wieder und wieder, was seit 2010 zu beobachten ist: Die Gemeinsamkeiten von Union und FDP sind aufgezehrt und das Vertrauen ist auf beiden Seiten zerstört. Zerstört ist langsam auch das Vertrauen der Menschen in diese Chaostruppe. Schwarz-Gelb hat als Regierungsbündnis keine Zukunft mehr und kann vor allem Deutschland in keine gute Zukunft führen. Herzliche Grüße aus Berlin sendet

Euse / Ihre Brigitte Zypries



Nacht der Ausbildung

Am Freitag, dem 9. März, findet von 17.00 bis 23.00 Uhr die zweite „Nacht der Ausbildung“ in Darmstadt statt. Unter dem Motto **„Entdecke deine Zukunft“** haben Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit, **11 Ausbildungsbetriebe** (HEAG mobilo, Döhler, Wiest, Evonik, HSE, DB, Deutsche Telekom, Schenck Process, Merck, Bildungszentrum, Volksbank) zu besuchen. Dabei können sie **Kontakte zu Azubis und Ausbildern knüpfen** und verschiedene Berufe kennen lernen.

Ein Shuttle-Service bringt die Schüler und ihre Familien und Freunde zu den verschiedenen Unternehmen. Die Teilnahme an der Veranstaltung und der Shuttle-Service sind kostenlos.

Den Streckenplan und weitere Informationen gibt es hier:

www.nachtderausbildung-darmstadt.de.

Europa braucht Stabilität - und Griechenland braucht unsere Hilfe

Am heutigen Montag gab es eine Sondersitzung des Bundestages zur Griechenlandhilfe. Um 15.00 Uhr hat Angela Merkel eine Regierungserklärung abgegeben, anschließend waren eineinhalb Stunden für eine Debatte zur Griechenlandhilfe vorgesehen – danach wurde abgestimmt und das Hilfspaket beschlossen. Zuvor hatten wir eine intensive Diskussion innerhalb der SPD-Fraktion: Kann der Empfehlung des Fraktionsvorsitzenden und des Parteivorsitzenden gefolgt werden, den Griechenlandhilfen zuzustimmen? Ich meine: ja, das war richtig.

Denn: **Erstens** kann niemand, der mit Verantwortung Politik macht, den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in der Hellenischen Republik in Kauf nehmen. Denn das wäre die wahrscheinliche Folge eines vollständigen Bankrotts des Landes Mitte März.

Zweitens ist es im europäischen Interesse, die drohende Ansteckung von Portugal, Spanien und Italien zu verhindern. Ob Finanz- oder Realwirtschaft, eine Botschaft hören wir immer wieder: Wird Italien als drittgrößte europäische Volkswirtschaft in den Strudel gezogen, ist der Euro am Ende.

Drittens handeln wir im deutschen Interesse. Denn wenn die Krise sich ausbreitet, wären die Abschreibungen deutscher Institute, die Verluste deutscher Unternehmen, der Einbruch an Wachstum für Deutschland verheerend. Es kann unserem Land, das 60% seiner Wirtschaftsleistung im Außenhandel mit der EU erzielt, auf Dauer nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht.

Aus diesen drei Gründen trage ich die Kredithilfen – und das sind akute Nothilfen – für Griechenland mit.

Geld alleine für Griechenland reicht aber nicht. Deshalb muss die Konsolidierung des Staatshaushaltes durch **Konjunktur- und Investitionsprogramme** ergänzt werden. Die **Beteiligung des Privatsektors** an der Umschuldung muss abgesichert werden. Das wirtschaftliche Anpassungsprogramm für Griechenland ist neu auszurichten. Durch Investitionen sollen Produktivitätssteigerungen ermöglicht werden. **Es darf keine weiteren Kürzungen bei der sozialen Absicherung geben. Ein Marshallplan für Griechenland und Südeuropa ist nötig.** Er soll über eine **Finanztransaktionssteuer** mitfinanziert werden. Die Vereinbarungen zur Privatisierung griechischer Staatsunternehmen müssen neu gefasst werden. Eine Treuhand-Anstalt soll den Verkauf von Staatsvermögen fair regeln. Zudem muss die Kapitalflucht wohlhabender Griechen eingedämmt werden!

Außerdem soll die **Finanzmarktregulierung auf europäischer Ebene** voran gebracht werden. Dies betrifft die Regulierung von Ratingagenturen und des grauen Kapitalmarkts sowie ein Verbot schädlicher Finanzmarktgeschäfte.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

Fotos:
[aboutpixel/](#) Peter Kirchoff (S. 2)
[aboutpixel/](#) Christian Wöller (S. 3)

Den Demografischen Wandel bewältigen - eine Herausforderung für die Politik

Am Donnerstag beschäftigt sich der Bundestag mit der demografischen Entwicklung in Deutschland. Die SPD-Fraktion hat letztes Jahr eine so genannte „**Große Anfrage**“ zum **Demografischen Wandel** an die Bundesregierung gerichtet – die Antwort liegt jetzt vor und gibt Anlass zu der Debatte im Parlament. **Der Demografische Wandel ist ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt, denn es hat Einfluss auf alle Lebensbereiche** – zum Beispiel auf die Struktur der Arbeitswelt, auf die Gestaltung unseres Gesundheitssystems oder auf das Zusammenleben der Familie und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aus diesem Grund biete ich dieses Jahr auch eine **Veranstaltungsreihe zum Demografischen Wandel** in meinem Wahlkreis an – den Auftakt hat gerade Franz Müntefering gemacht, mit einem Vortrag am 14. Februar im Karolinenaal in Darmstadt. Es kamen an diesem Abend so viele Menschen, dass einige Interessierte draußen bleiben mussten... Das tut mir natürlich leid, es ist aber ein Zeichen dafür, wie sehr dieses Thema uns alle beschäftigt und bestätigt mich darin, weitere Veranstaltungen zu organisieren.

Die Veränderungen in Bevölkerungszahl und Bevölkerungsstruktur sind eine enorme Herausforderung für die Gesellschaft und die Politik. Die Bundesregierung schätzt, dass die **Bevölkerungszahl von heute rund 81,7 Millionen auf 65 bis 70 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen könnte. Das wäre ein Rückgang um 14 bis 21 Prozent innerhalb von 50 Jahren. Bisher gibt es keine Strategie, wie man den daraus resultierenden Problemen begegnet.** Um eine solche zu entwickeln, müssen die Daten sehr genau analysiert und regional runtergebrochen werden: **Was bedeuten diese Veränderungen für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen bzw. sind überhaupt alle gleich betroffen? Was heißt das für die Sozialsysteme, die medizinische Versorgung und die Lebensqualität der Menschen? Wie müssen wir im Wohnungs- und Städtebau reagieren? Brauchen wir mehr kleine Wohnungen, müssen wir Pflegestützpunkte einplanen? Muss die Infrastruktur geändert werden? Müssen wir im öffentlichen Personennahverkehr zu Kleinbussen übergehen?** All diese Fragen werden in unserer Großen Anfrage thematisiert. Für die Umsetzung konkreter Maßnahmen bedarf es natürlich einer Abstimmung mit den Ländern und Kommunen – und wir müssen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort beteiligen. Änderungsbedarf besteht auch im Bildungsbereich: Wir brauchen geeignete Bildungsangebote für alle Lebensphasen. Schließlich werden in unserer Anfrage auch die **Potentiale einer inklusiven Gesellschaft** hervor gehoben. **Alter bedeutet nämlich auch Erfahrung – und Erfahrung ist ein wertvolle „Ressource“!**

Die Große Anfrage „Der demografische Wandel in Deutschland – Handlungskonzepte für Sicherheit und Fortschritt im Wandel“ mitsamt der eingegangenen Antworten kann hier heruntergeladen werden: [17/8372](#).